



Heinsberg, 18.12.2014

Rede zum Entwurf des Haushalts 2015

von

Stefan Lenzen

für die

FDP-Kreistagsfraktion

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren der Verwaltung und Presse,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

- **Kommunalfinzenzen**

Auf die Nennung der Eckdaten des Kreishaushaltes kann ich dank meiner Vorredner verzichten. Es ist erfreulich, dass einige Forderungen der FDP in diesem Haushalt umgesetzt werden konnten! Leider kann die Kreisumlage trotz des Griffes in die Ausgleichsrücklage nicht mehr stabil gehalten werden. Erfreulich ist, dass wir noch Eine haben, aber diese wird bis Ende 2015 auf die Hälfte zusammen geschrumpft sein.

Dies ist aber erst der Anfang:

Die Kreisumlage wird in den nächsten Jahren zwangsläufig weiter steigen, auch wenn unsere Kommunen bereits jetzt an den Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angekommen sind. Denn solange Bund und Land die nach unten durchgereichten Aufgaben nur unzureichend finanzieren, wird die Finanzmisere unserer Kommunen trotz aller Anstrengungen vor Ort immer katastrophaler.

Da hilft ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung wenig. Sie stützt sich auf Vorgaben der Landesregierung und geht von steigenden Schlüsselzuweisungen des Landes von jährlich 4-5 % aus. Das kann man wohl nur als „Schönrechnerei“ bezeichnen. Man fragt sich, wie das Rot-Grün im Land gelingen soll, wenn sie doch ab 2020 die Schuldenbremse einhalten soll. *(Anmerkung in der Sitzung zum Vorredner Kollege van den Dolder) Die Kommunen solle man nicht in Versuchung führen zu sparen. Da müssen wir uns beim Land keine Sorgen machen, die versuchen es nicht einmal!* Auch die im Raum stehende 5 Mrd. Entlastung des Bundes für die kommunale Familie ist dabei bereits eingeplant. Beide Annahmen halten wir eher für einen frommen Wunsch – frei nach dem Motto „die Hoffnung stirbt zuletzt“.

Warum wird die Kreisumlage steigen müssen? Da gibt es viele Faktoren. Zu nennen sind steigende Soziallasten, aber auch der Demografische Wandel wird mit erhöhten Ausgaben für die Pflege einhergehen. Der Kreis muss künftig einen höheren Zuschuss zum ÖPNV einplanen, weil weniger Ertrag aus der Energiesparte zum Verrechnen da sein wird. Um diesen „Teufelskreis“ aus Unterfinanzierung und steigenden Ausgaben zu durchbrechen gibt es neben einer Fortführung einer verantwortungsvollen Haushaltsführung kaum eine Alternative, wenn man die Bürgerinnen und Bürger nicht weiter belasten will.

Bund und Land müssen die Aufgaben, die sie an die kommunale Familie stellen, auch finanzieren. Und – davon wagt man kaum noch zu träumen – es muss ernsthaft über eine Neustrukturierung der Kommunalfinanzierung gesprochen werden.

- **Bund und Land sind in der Pflicht!**

Die „Übergangsmilliarde“ des Bundes darf nur der Anfang sein. Wir brauchen eine dauerhafte Entlastung in Höhe der bundesweit versprochenen 5 Mrd. Euro. Und dies nicht erst - vielleicht ab 2018... Selbst da kann einem der Gedanke kommen...wer es glaubt wird selig...

Kommt dieses Geld bei uns nicht an, bedeutet das nicht weniger als das Ende der ohnehin schon eingeschränkten kommunalen Selbstbestimmung.

Unser Ziel ist und bleibt es - die Handlungsfreiheit unserer Kommunen zu erhalten!

Das Land leistet sein Übriges zur Beerdigung unserer kommunalen Selbstverwaltung. Die rot-grüne Landesregierung handelt generell nach dem Schema: Erst Aufgaben abgeben, später nach langen Verhandlungen einen Teil bezahlen und dies auch nur für eine begrenzte Zeit.

Wie zuletzt bei der Schulsozialarbeit geschehen. Gerade hier sieht man deutlich, dass das Angebot zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit nur eine „Mogelpackung“ ist. Die mal wieder zu Lasten unserer Kommunen geht. Also unterm Strich kann man sagen es bleibt alles wie immer – das Land bestellt *oder die Kreis-SPD wünscht* und wir dürfen zahlen... *(Anmerkungen in der Sitzung zu den Kollegen Derichs und van den Dolder) Vielleicht sind wir Liberale ja schlecht im Rechnen, aber vergleichen wir doch mal was die SPD-Forderungen dem Kreis und seine Kommunen kosten würden. Kreisweite Schulsozialarbeit von 2015-2017 fast 400.000 € p. a. und mit Auslaufen der Landesförderung ab 2018 fast 1 Mio. €. Die Verbraucherberatungsstelle kostet im ersten Jahr (Einrichtung plus laufende Kosten) fast 400.000 € und ab dem Folgejahr über 250.000 € p. a.. Da der Kollege Derichs ja die 2 Mio. € für die L 117n ins Spiel brachte, möchte ich hierzu anmerken, dass diese Kosten erst ab 2018 umlagewirksam werden und die Kommunen mit maximal 50.000 € p. a. (insgesamt für Alle zusammen!) für 40 Jahre belasten wird. Jeder möge selbst nachrechnen und die Belastungen gegenüber stellen. Aber wie wir eben gehört haben, hat Rot-Grün zur Finanzierung ein Konzept. Gestern die Grunderwerbsteuer (am 17.12. haben SPD und Grüne im Landtag die Grunderwerbsteuer erhöht) und morgen die Jagdsteuer! (Kollege van den Dolder sprach sich für die Wiedereinführung der Jagdsteuer aus.)*

- **Liberale Erfolge – Mehr Transparenz, Sparsamkeit und Freiheit**

Doch zurück zu unserem Haushalt. Wir wollen gemeinsam mit den Mitarbeitern der Kreisverwaltung das Controlling vorantreiben und eine strategische Zielplanung entwickeln, deren Erreichung den Kreis fit für die Zukunft macht. Wir halten weiter an der Idee einer Wirtschafts- und Tourismusförderung aus einer Hand fest, denn dann werden unsere Kräfte zur Stärkung unseres Wirtschafts- und Tourismusstandortes bestmöglich vertreten.

Bei aller Sparsamkeit gilt aber auch: Wichtige Infrastrukturprojekte wie die L 117n sind auch in Zukunft auf den Weg zu bringen. Warum ist gerade die L 117n wichtig für unseren Kreis? Wir bekommen nicht nur eine West-Ost Verbindung, sondern ebnen auch den Weg für eine Anbindung eines möglichen Industriegebietes in Geilenkirchen-Lindern. Gleichzeitig erhalten

die Menschen in Hückelhoven-Ratheim/Millich ihre dringend benötigte Entlastung. Von der auch die umliegenden Städte profitieren werden.

Uns muss natürlich klar sein, dass auch andere Kommunen diese Solidarität zur Finanzierung kreisweit relevanter Projekte in Zukunft einfordern könnten. Das ist aber kein „Sündenfall“, sondern eine Investition in die Zukunft des gesamten Kreises. Ungeachtet dessen ist uns die Bedeutung dieses Präzedenzfalles bewusst und doch werden wir solche Investitionen in unsere Infrastruktur nach eingehender Prüfung auch künftig unterstützen.

Positiv sind die geplanten Investitionen in Höhe von 8 Mio. Euro. Die FDP wertet dies abermals als eine wichtige Maßnahme der Wirtschaftsförderung. Der Kreis Heinsberg hat glücklicherweise kein Schulden- oder Liquiditätsproblem. Das spricht für unseren umsichtigen Kämmerer und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dafür gilt unser Dank! Doch haben wir noch genug Arbeit vor uns.

Ausblick für 2015

Wir halten weiter an einem schuldenfreien Kreis Heinsberg fest. Denn jeder eingesparte Euro für Zinsen – ist ein guter Euro! Die geringeren Zinsaufwendungen werden zur Stabilisierung der Kreisumlage dringender denn je gebraucht.

Um das Ziel des Schuldenabbaus nicht aus den Augen zu verlieren, muss aus unserer Sicht die interkommunale Zusammenarbeit weiter verfolgt werden. Wir sind weiterhin für einen Hochschulstandort im Kreis Heinsberg, um jungen Menschen eine Perspektive im Kreis Heinsberg zu bieten und in Verbindung mit der Weiterentwicklung unserer Industriegebiete können wir dann hoffentlich unsere hohe Auspendlerquote senken. Die FDP steht für mehr Transparenz und Bürgernähe in Politik und Verwaltung und einem schuldenfreien Kreis Heinsberg ab 2020! Auch wenn es noch einige Schwachstellen gibt, ist der Haushalt auf einem guten Weg. Die FDP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushalt 2015 zu.

Ich bitte Sie Herr Landrat ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Namen der FDP-Fraktion für ihren großen Einsatz unseren Dank auszusprechen und Ihnen Herrn Schöppgens möchte ich für ihre erneut unparteiischen und kompetenten Ausführungen herzlich danken.